

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Müdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 Mk. (ohne Postgebühren), bei Zusendung unter Kreuzband 1,70 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Zeile 40 Pfg.

Schriftleitung:

Berlin O., Müdersdorferstr. 60

Abonnements-Postellungen, Anzeigen etc. sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Nummer 49.

Berlin, den 5. Dezember 1909.

10. Jahrgang.

An die christlich-nationale Arbeiterschaft Deutschlands!

Zu den vornehmsten Aufgaben, welche wir uns in unseren Organisationen gestellt haben, gehört die Sicherung und Erweiterung des Koalitionsrechtes; Ausbau des korporativen Arbeitsvertrages. Mit Genugtuung konnten wir in den letzten Jahren feststellen, wie der Tarifgedanke immer weitere Fortschritte machte und auf dem Boden der Gleichberechtigung die Verhältnisse zwischen Arbeiter und Arbeitgeber sich friedlicher gestalteten. Nur die Großindustrie hat sich bisher hartnäckig dem Tarifgedanken verschlossen und beharrt auf ihrem rücksichtslosen Herrenstandpunkt. Aus diesen Reihen droht der gesamten deutschen Arbeiterschaft eine neue, bisher nur dunkel geahnte Gefahr: Es ist die Entwicklung der

einseitigen Arbeitsnachweise der Arbeitgeber.

Langsam aber zielbewusst haben die Arbeitgeberverbände durch ganz Deutschland ein Netz von Arbeitsnachweisen errichtet, mit deren Hilfe sie trachten, die Arbeiter in ihre Hörigkeit zu bringen, alle freie Lebensäußerung der organisierten Arbeiter zu unterbinden, mißliebige Arbeiter dauernd aus der Industrie zu verbannen und die Freizügigkeit der Arbeiter illusorisch zu machen. Das Endziel dieser Bestrebungen ist die Monopolisierung des Arbeitsmarktes und damit der Arbeitsgelegenheit. Das bedeutet letzten Endes die bedingungslose Herrschaft der Unternehmer über die Arbeiter.

Als neuestes Glied in der Kette dieser Bestrebungen ist die Errichtung der Arbeitsnachweise des Zechenverbandes im Ruhrgebiet anzusehen. Eine mächtige Erregung geht bereits durch die Reihen der Bergarbeiter. Sie fühlen, daß mit dieser Einrichtung die von ihnen seit alters her so eifersüchtig bewachte Freizügigkeit in Gefahr steht und sind bereit, den aufgezwungenen Kampf aufzunehmen. Die Bergarbeiterverbände haben sich an die gesetzgebenden Körperschaften gewandt, und der Reichstag wird sich mit der Frage des Arbeitsnachweises beschäftigen. Diese parlamentarische Aktion muß im ganzen Lande unterstützt werden durch

Protestversammlungen gegen diese neuerlichen Versuche der Arbeiterknebelung.

Eben wird durch den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften eine Broschüre veröffentlicht, welche Praktiken der Arbeitsnachweise der Industriellen von Mannheim und Ludwigshafen, die nach dem sogenannten „Hamburger System“ errichtet sind, an der Hand von Originalmaterialien beleuchtet. Dieser Arbeitsnachweis ist eine Arbeiterentrechtungs- und Arbeiterknebelungsanstalt im schlimmsten Sinne des Wortes, er ist mehr, er ist eine geheime Fehde, die mit brutaler Rücksichtslosigkeit die den Unternehmern mißliebigen Arbeiter mit Arbeitslosigkeit und Hunger verfolgt.

Christlich-nationale Arbeiter! Auf dem Berliner Kongress sprach der Vertreter der deutschen Regierung, unser jetziger Reichskanzler, das erhabende Wort: „Ich wüßte keine größere Aufgabe der Gegenwart als diejenige, die mächtige Arbeiterbewegung unserer Tage einzuordnen in die bestehenden Gesellschaft. Wenn Sie sich dieser Aufgabe hingeben, dann sorgen Sie nicht nur für Ihr wirtschaftliches Gedeihen, für Ihre steigende Teilnahme an den Errungenschaften der Kultur, am politischen Leben, sondern dann leisten Sie dem Vaterlande, dessen Kinder wir doch alle sind, den größten Dienst.“

Wir haben uns damals freudig auf diesen Boden gestellt. Und was erleben wir jetzt? Die mächtigste Gruppe der großindustriellen Kapitalisten sucht durch ihre Arbeitsnachweise den freien deutschen Arbeiter herabzudrücken auf die willenlose Hörigkeit. Die schlimmsten Wirkungen des zur Zeit abgelehnten Zuchthausgesetzes hätten nicht im entferntesten herangereicht an die verheerende, die Freiheit der Arbeit und der Existenz vernichtenden Wirkungen der zentralisierten Arbeitsnachweise.

Sollen wir uns das widerspruchslos gefallen lassen? Nie und nimmer! Auf zum Protest auf der ganzen Linie! Auf durch Massenentscheidungen den Schutz der Regierung und der Parlamente gegen die Ungeheuerlichkeit an!

Hoch die Freiheit der Arbeit!

Nieder mit der Volk und Vaterland verderbenden kapitalistischen Willkür!

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften.

„Aus der Geheimpraxis eines Unternehmer-Arbeitsnachweises.“

Es gibt Schlagworte, die die Stimmung des Tages gebiert. Sie sind kaum mehr als Schall und Rauch und verfliegen wie diese, wenn die leicht wandelbare Tagesstimmung wieder anderen Richtungen zustrebt. Es gibt aber auch solche, die wie Blitze von einem erschreckend ernsten Hintergrunde aufzucken und jedesmal mit grellem Schein eine Situation beleuchten, die zum Explodieren reif ist. — Wir kennen ein solches Wort: „Der die Arbeitsvermittlung beherrscht, herrscht über die Arbeitsbedingungen.“ In unzähligen Unternehmer- und Arbeitgeberversammlungen haben es die streitbaren Führer des Zentralverbandes deutscher Industrieller erklingen lassen, und jedesmal leuchtete ein bedrohlicher Hintergrund auf: Kampf gegen die Arbeiterorganisationen, die, vermessend genug, die Arbeitsbedingungen mit beeinflussen wollen! Und dieses Schlagwort ist nicht mit der Stimmung eines Tages wieder verhallt. Es hat gezündet! Und die Wirkung sehen wir vor uns in der stets steigenden Zahl von Gründungen einseitiger Zwangs-Arbeitsnachweise, die uns wieder einmal, in dem bekannt gewordenen Plane des Zechenverbandes, an den Vorabend von Ereignissen von kaum absehbarer Tragweite auf dem Gebiete des sozialen Lebens drängen — wenn nicht rechtzeitig von maßgebender Seite eingegriffen wird. In letzterem Sinne haben schon die vier Bergarbeiterorganisationen in seltener Einmütigkeit eindringlich warnend die Stimme erhoben. In ihrem Warnungsruuf klingt die bange Leberzeugung durch von der ungeheuren Gefahr, die dem friedensfördernden Werk der Organisationen droht, aber auch ihren Bestrebungen, den Arbeitern mit unermesslichen Opfern die Gleichberechtigung zu erringen. Doch mit einer Handbewegung tut der Zechenverband alle Bedenken ab und will uns zum Glauben an die Ungefährlichkeit seines Experimentes zwingen. Die Arbeiter — und mit ihnen die einseitigen Sozialpolitiker — fühlen es gewissermaßen instinktiv, daß bei den einseitigen Arbeitsnachweisen die eigentliche Arbeitsvermittlung Nebenache, Hauptache dagegen die einseitige Kontrolle der Arbeiter und die Heranziehung eines gefügigen und jeden Selbstbewußtseins baren Arbeiterelements ist. In dem Nachweis nach dem sog. Hamburger System aber ist diese Tendenz auf die Spitze getrieben.

Doch es schien fast, als ob die gemeinsamen Proteste wirkungslos verhallen würden. Es hastete ihnen ein empfindlicher Mangel an. Bei der verhältnismäßig noch geringeren Verbreitung der Nachweise nach dem Hamburger System fehlte es bisher an Beweismaterial, um die Bedenken gegen dasselbe durch Hinweise auf die verderbliche Wirkung dieses Systems in der Praxis hinreichend zu stützen. So konnte es tatsächlich, wie die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ (Nr. 46/09) höhnt, „den Herren Sozialreformern angesichts der kraftvoll einsetzenden Bewegung zugunsten der Einführung von Arbeitsnachweisen nach dem Hamburger System schül und ums Herz“ werden.

Da erscheint gerade zu rechter Zeit ein Schriftchen, das dem so bitter empfundenen Mangel wirksam abhilft: „Aus der Geheimpraxis eines Unternehmer-Arbeitsnachweises.“ Ein Beitrag zur Arbeitsnachweisfrage.“ (Christl. Gewerkschaftsverlag, Köln, Palmstr. 14, Preis 50 Pfg.; für Mitglieder der christlichen Gewerkschaften 20 Pfg.)

Das hier veröffentlichte Material aus den Akten eines bestehenden Arbeitsnachweises nach dem Hamburger System (Mannheim-Ludwigshafen) wirkt geradezu niederschmetternd. Wir sehen, wie sich in diesen Institutionen alle Einzelmaßnahmen vereinigen, welche die Arbeitgeber bisher in raffiniertester Weise gegen jene Arbeiter erlassen haben, die sich aus irgendeinem Grunde bei den Arbeitgebern „mißliebige“ gemacht haben. Und in zwei Dritteln der Fälle erstet, in dem besprochenen Nachweisgebiet, die „Mißliebigkeit“ aus der Wirksamkeit für die Arbeiterorganisation! Hier arbeiten Personalkarten, schwarze Listen, geheime Markierung von Zuweisungsscheinen usw. zusammen, um jedes unliebsame Element auszuschneiden. Vom Tage seines Vorkruchs im Nachweisbureau an gehört der Arbeiter sich selbst nicht mehr an. Wie ein seelenloser Gegenstand schiebt ihn der Nachweis hin und her, bis sich die „Akten“ endgültig über ihn schließen und er entweder den jägsamen Elementen beigegeben oder aber als Opfer des Nachweises hin und her getrieben, zu Tode gefeiert wird, bis er den Staub von den Füßen schüttelt, oder in Verzweiflung untergeht. Wenn der Nachweis oder ein seiner Mitglieder achtet, der ist in dem betr. Industriegebiet rettungslos verloren. Und nicht nur er: auch seine Angehörigen, denn auch diese umfassen alsbald die Krallen des Ungeheuers: Arbeitsnachweis.

Was geradezu Empörende dabei ist dies: Dem Arbeiter, der sich den Unmut des Nachweises oder eines

seiner Mitglieder aus irgendwelchem Grunde — von dem er selbst die meiste Zeit keine Ahnung hat! — zugezogen, ist jede Möglichkeit der Verteidigung oder Rechtfertigung einfach entzogen. Einseitig urteilt und richtet der Nachweis über ihn. Mit unsagbarer Bosheit wird er sogar selbst dazu gezwungen — ohne daß er es weiß, natürlich! — das Urteil, das sein Schicksal auf dem Arbeitsmarkte besiegelt, persönlich dem Nachweisbureau einzuliefern. Ein Strich, ein harmlos erscheinender Stempel, ausdrückend für ihn Sein oder Nichtsein. Und der Verurteilte erfährt nie etwas von den Gründen. Die Nachweisbeamten dürfen alles eher, als ihm die Wahrheit sagen!

So erscheint der Nachweis als eine wahre Brutstätte für Hinterlist, Lüge und Entstellung. Das trifft namentlich auch zu, insofern, als die Verheimlichung der Folgen der einseitigen Vermittlung in Frage kommt. Vor willkürlicher Färbung und Entstellung, ja Fälschung von Statistiken schreit man nicht zurück, um nicht die ungeheure Schädigung des Arbeitsmarktes durch die Sätigkeit des Nachweises selbst dokumentieren zu müssen.

Diese Schädigung ist begreiflicherweise eine ganz enorme. Ihren besonders augenfälligen Ausdruck findet sie in der bewußten Herbeiführung einer Arbeitslosigkeit in Permanenz, die gegenüber der durch Wirtschaftskrisen herbeigeführten noch den unermesslichen Nachteil hat, daß sie ihre Opfer, die sich machtlos dem Verhängnis überantwortet sehen, den radikalsten Bestrebungen förmlich in die Arme treiben muß.

Wir müssen uns hier mit Andeutungen des in der Schrift gebotenen Materials begnügen und im übrigen auf diese selbst verweisen. Die einseitige, zwangsmaßige Einrichtung des Hamburger Systems muß nicht unbedingt zu Mißbräuchen der gekennzeichneten Art führen, sie kann es aber und wird es in der Mehrzahl der Fälle auch tun. Und darum rechtfertigt es sich durchaus, die Mannheimer Vorgänge als das Produkt einer Entwicklung zu betrachten, die eben jetzt im vollen Fluß befindlich ist. Die Vorstöße des Verbandes bayerischer Metallindustrieller und des Zechenverbandes sind nur besonders hervorspringende Glieder einer Kette, die, von den Vertretern der schärferen Richtung in den Arbeitgeberverbänden geschmiebet, sich langsam um eine ganze Arbeiterschaft schlingen soll — wenn dem Verstande nicht augenblicklich Einhalt geboten wird. Keinen Augenblick zu früh ist es dazu! Der Zweck der engeren Koalition der Arbeitgeber

steht vor der Verwirklichung. Mit besonderem Nachdruck werden alle einschlägigen Vorgänge im Lichte der vor kurzem beschlossenen, kräftigeren Zentralfaktion in den Verhandlungen der Arbeitgebervereinigungen beleuchtet, wie es auffallenderweise bisher in den Preberörterungen nicht kaum geschehen ist. Von diesem Hintergrunde, der kein Produkt des blassen Schreckens, sondern einer eingehenden Betrachtung der bestehenden Verhältnisse ist, heben sich die Bestrebungen der Arbeitgeber erst in rechter Beleuchtung ab und lassen sie ein sofortiges Eingreifen der maßgebenden Faktoren als im Interesse des ganzen gewerblichen und sozialen Lebens unbedingt geboten erscheinen.

So kommt die Schrift zu dem Schlusse der unumgänglichen Notwendigkeit einer reichsgerichtlichen Regelung der Arbeitsvermittlung. Daran hat, wie bargetan wird, auch die Allgemeinheit ein sehr großes Interesse, und auch sie wird daher zur Mitwirkung aufgefordert, namentlich auch einen Blick auf die enge Verbindung von Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge zu werfen. Der Weg einer solchen Regelung ist längst durch die Verhältnisse offengelegt und weist unfehlbar auf die partielle Regelung dieser Frage hin. Und die Praxis beweist die Gangbarkeit dieses Weges und die vorzüglichen, dem Frieden dienenden Ergebnisse, die zu erhoffen sind, wenn die Regierung in diesem Sinne eingreift. Es bedarf daher nur des zweckentsprechenden Ausbaues bereits bestehender Einrichtungen.

Möge das Schriftchen, das nicht einen Kampf, sondern einen Mahnruf erschallen lassen will, dazu beitragen, daß eine friedliche Lösung gefunden wird, noch ehe es vielleicht zu spät ist!

Das 30000-Mark-Flugblatt vor Gericht.

Am 19. November wurde vor dem Schöffengericht zu Essen a. d. Ruhr die Beleidigungssache des Vorstandes des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes gegen den Redakteur Imbusch vom „Bergknappen“, Organ des Gewerkschafts Christlicher Bergarbeiter, verhandelt. Bekanntlich wurde bei den Snappschaffswahlen in 1904 im Ruhrrevier ein anonymes Flugblatt verbreitet, wonach der Kollege Brust, damaliger Vorsitzender des christlichen Gewerkschafts, von den Besessenen mit 30000 M befohlen worden sein sollte. Unterzeichnet war das Flugblatt mit: „Ein Vorstandsmitglied des christlichen Gewerkschafts“. Fünf Jahre ruhte dieser schimpfliche Verdacht auf dem Kollegen Brust, da nicht ausfindig gemacht werden konnte, von wem das Flugblatt ausging. Im Laufe des vergangenen Sommers endlich war es dem „Bergknappen“ möglich, die Täter und Verfasser anzugeben: Spaniol, ein ehemaliger Beamter des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes und Götte, der heute noch an der Zentrale dieses Verbandes im Bochum tätig ist. Da auch der Zentralvorstand nicht glimpflich bei der Sache lag, und zwar mit Recht, wie aus nachfolgendem zu ersehen ist, stellte er gegen Imbusch Strafandrohung wegen Beleidigung. Letzterer wurde zu 50 M Geldstrafe verurteilt wegen fortwährender Beleidigung, die vom Gericht in einem in obengenannten Artikel angeführten Zitat aus dem „Bergknappen“ vom Jahre 1904 gefunden wurde. Im übrigen wurde, wie wir dem „Bergknappen“ entnehmen, festgestellt:

1. Das Beleidigungsflugblatt, welches unterzeichnet war: „Ein Vorstandsmitglied des christlichen Gewerkschafts“, ist nicht aus den Kreisen des Gewerkschafts, sondern aus Verbandskreisen hervorgegangen.
2. Ein Verbandsbeamter war der Verfasser des Flugblattes. Es konnte jedoch nicht genau festgestellt werden, welcher, weil hierbei Ausfuge gegen Ausfuge fand.
3. Der Verbandsbeamte Götte ließ das Flugblatt in der Druckerei der sozialdemokratischen „Rheinischen Zeitung“ in Köln drucken.
4. Der Verbandsbeamte Götte brachte die zur Verbreitung der Fettel benutzten Kupferplatten mit den Adressen besprochen von der Zentrale des Verbandes mit.
5. Der Verbandsbeamte Götte war der Verbreiter des Flugblattes.
6. Der Verbandsvorsitzende, Reichstagsabgeordneter Saage, kannte zwei Tage vor der Wahl den Inhalt des Beleidigungsflugblattes und wußte, daß ein ihm unterstellter Verbandsbeamter es verbreiten wollte.
7. Der Verbandsvorsitzende, Reichstagsabgeordneter Saage, hat schon am Tage vor der Wahl seinen Kollegen an der Zentrale des Verbandes von dem Streich Kenntnis gegeben.
8. Die Verbandsleitung hat nicht sofort die schuldigen Beamten abgeköpft, sondern ließ sie im Dienste des Verbandes.
9. Die Verbandsleitung hätte die Öffentlichkeit nicht sofort über den wahren Sachverhalt auf.
10. Der Verbandsvorsitzende, Reichstagsabgeordneter Saage, hielt, obwohl er wußte, daß ein Verbandsbeamter der Verbreiter des Flugblattes war, in einer öffentlichen Erklärung vom 2. und 10. September 1904 die Behauptung aufrecht, das Flugblatt sei von einem Vorstandsmitglied des Gewerkschafts verbreitet.
11. Der Verbandsvorsitzende, Reichstagsabgeordneter Saage, wußte in der öffentlichen Erklärung vom September 1904 über dessen Wissen aus, mit dem Flugblatt solle nur dem Verbands Schaden zugefügt werden.
12. Die Verbandsleitung ließ von christlichen Redakteuren der Verbandsblätter auf dem Weg nach den nachfolgenden hinterlassenen Beleidigung des eigenen Vorsitzenden bis zur Aufklärung der Angelegenheit durch den „Bergknappen“ auf den Vorstandsmitgliedern des Gewerkschafts ruhen.
13. Obwohl die Verbandsleiter wußten, daß ein Verbandsbeamter der Verbreiter des Flugblattes war, wurde das Flugblatt nach der Wahl in der „Bergarbeiter-Zeitung“ als gewerkschaftlicher Wahlzettel hingestellt und sowohl im Verbandsorgan als auch in Flugblättern behauptet, das Flugblatt gehe nicht dem Verbands aus und habe nur den Zweck gehabt, dem Verbands zu schaden.

Diese schwerwiegenden Ergebnisse der Gerichtsverhandlung zeigen, daß Imbusch nicht ohne Grund den der Anlage zugrunde liegenden Artikel schrieb und keine Veranlassung hatte, der gerichtlichen Darstellung der Angelegenheit aus dem Wege zu gehen. Ein besonders wichtiges Ergebnis des Prozesses aber ist die vor Gericht erfolgte Feststellung,

daß der frühere Vorsitzende des Gewerkschafts, Wg. Brust, niemals von dem Besessenen Bestechungsgelder erhalten hat, und daß dem Gewerkschaftsmitglied Bergarbeiter niemals Zuwendungen von den Besessenen gemacht worden sind, wie unsere Gegner vielfach behaupteten.

Damit ist der Gewerkschaft christlicher Bergarbeiter und der Kollege Brust glänzend gerechtfertigt. Die Gerichteten waren die sozialdemokratischen Kläger. Nicht immer gelingt es so, heimtückische Niedertracht und Verlogenheit zu entlarven.

Rundschau.

Ausdehnung der Baueinzelkontrolle auf staatliche Bauten in Bayern. Bekanntlich sind bei den Baupolizeibehörden oder der Lokalbaukommission in München den dort aufgestellten Sachverständigen befähigte Bauaufseher aus dem Arbeiterstande zur Überwachung der Sicherheit der Ausführung und der Beachtung der den Bauarbeiten betreffenden Vorschriften als Gehilfen beigegeben. Auf die Bauausführungen des Staates fand diese Vorschrift bisher keine Anwendung. Verkehrsminister v. Frauendorfer hat nunmehr verfügt, daß unbeschadet der bereits bestehenden Aufsicht durch die Organe der Verkehrsverwaltung auch bei den Hochbauten und Abwässerarbeiten der Verkehrsverwaltung von der Einrichtung der Kontrolle durch Bauaufseher im Interesse des Schutzes der Arbeiter Gebrauch gemacht wird.

Gegen den Alkohol. In der Arbeiterwelt wird gegenwärtig ein lebendiger Kampf gegen den Alkohol, bevor es gegen die Schnapspest geführt. So hielt jüngst das Kartell christlicher Gewerkschaften in Hamm eine Versammlung ab, die ausschließlich diesem Kapitel galt. Der Arbeiter macht sich oft nicht klar, was er alles dem Alkohol opfert, wieviel Arbeitsfähigkeit, Sittlichkeit, Familienglück und Glaubensleben dem Dämon Alkohol zum Opfer fällt. Interessant war die Aeußerung von Gewerkschaftsleiter Westlich: „Auch die sozialdemokratische Partei hat auf ihrem letzten Parteitag in Leipzig den Beschluß gefaßt, den Alkohol zu boykottieren. Aber eingewurzelte Gewohnheiten und Leidenschaften lassen sich nicht durch Parteibeschlüsse beseitigen. Dieser Zweck sollte in Wirklichkeit auch nicht erreicht werden. Die Sozialdemokratie wollte dem Staat die Steuern und wie sie sich geschmachtet ausdrückt den Einnahmepunkten die Liebesgabe entziehen. Uns christlich-nationale Arbeiter besetzt ein anderer Gedanke. Nicht die Steuern, sondern die Liebe zu unseren Arbeitsschwestern und zu dem ganzen deutschen Volke treibt uns, gegen den Alkohol Stellung zu nehmen.“ Als langjähriger Feuerarbeiter berichtete Westlich, daß gerade die Arbeiter in der Höhe am ehesten schlapp würden, die am meisten Alkohol tranken. Einen schweren Fehler begehen Arbeiter, die enthaltssame Kollegen hassen und verhöhnen. Es wurde in der Versammlung dem Bewahren darüber Ausdruck gegeben, daß manche Arbeitgeber während der Nachmittagsruhe Quantitäten Bier ansetzen lassen. Gymnasialdirektor Dr. Delling wies in der Diskussion auf die wichtige Mitarbeit der deutschen Frau hin. Es wurde verlangt: 1. daß kein Alkohol vor 8 Uhr morgens erhältlich sei, 2. daß auf den Arbeitsstätten kein Alkohol gebräutet werde, 3. daß der Alkohol der Jugend bis zu 16-18 Jahren völlig ferngehalten werde, 4. daß kein Alkohol auf Kredit ausgegeben werde. Wichtig ist das Werk der Arbeitervereine, wie es die verschiedenen Vereine in dankenswerter Hinsicht betreiben. Wichtiger noch ist eine Stärkung des Volksgewissens, daß nicht immer neue schwache Charaktere durch arge Trinksitten ins Verderben hineingezogen werden.

Kommt es zu einem Bergarbeiterstreik? Es ist richtig, so wird dem „Berliner Tageblatt“ aus Essen geschrieben, daß in der Bergarbeiterwelt über die bevorstehende Einführung des Zentralarbeitsnachweises nach dem Plane des Gewerkschafts großes Erregung herrscht, die auch in weiten Kreisen als berechtigt anerkannt wird, aber in leitenden Kreisen der Bergarbeiterbewegung ist man ganz und gar nicht der Ansicht, daß für Januar ein Streik der Bergleute bevorstehe.

In Bergarbeiterkreisen weiß man ganz genau, daß ein Streik in diesem Winter unter allen Umständen mit einer schweren Niederlage der Arbeiter enden muß, da die Mittel der Organisationen einem längeren Ausstande nicht gewachsen sind, auf der anderen Seite aber die Arbeitgeber einen Streik gut und gern volle sechs Wochen und darüber aushalten können und durch ihn noch dazu in die Lage versetzt werden würden, ihre gewaltigen Kohlen- und Koksbestände, die durch die lange Lagerung an sich eine teilweise recht beträchtliche Wertverminderung erfahren, zu guten Preisen abzusetzen. Aus diesen Erwägungen heraus warnen in den Bergarbeitervereinsversammlungen die Führer aller Organisationen auf das dringendste vor unüberlegten Schritten. Sie nehmen die Erregung der Bergarbeiterwelt natürlich zum Anlaß einer verstärkten Agitation für den Eintritt in die Organisationen, denken aber einseitig absolut nicht an einen Streik, der ja den Organisationen unter den gegenwärtigen Verhältnissen ihr Geld und erfahrungsgemäß eine große Anzahl ihrer Mitglieder kosten würde. Von den Führern des alten Bergarbeiterverbandes ist sogar in den Versammlungen ausdrücklich erklärt worden, daß diejenigen Mitglieder, die ohne Genehmigung des Verbandsvorstandes sich in einen Streik stürzen sollten, auf eine Unterstützung durch den Verband nicht zu rechnen hätten.

Allerdings geht die Auffassung der leitenden Kreise der Bergarbeiterorganisation dahin, daß die Durchsetzung des geplanten Arbeitsnachweises des Jahresverbandes so viel Hindernisse unter der Bergarbeiterhaube hervorzubringen könne, daß bei dem Wiedereintritt einer Hochkonjunktur ein großer Ausstand unvermeidlich sein werde, aber wohlgesetzt erst in einer neuen Hochkonjunktur, wenn die Folgen durch einen Streik empfindlich getroffen sind die Bergarbeiter mehr Aussicht auf Erfolg haben werden. Bis dahin hoffen die Organisationen, auch ihren Mitglieder- und vor allem ihren Kohlenbestand entsprechend gestärkt zu haben.

Jüngst hat das Verdict auf die Besessenen beachtlichste den Bauarbeiternachweis schon am 1. Dezember eingeleitet. Die in Frage kommenden Bergarbeiterorganisationen traten daraufhin sofort zusammen und warnten in einem Aufruf die Bergarbeiter vor irgendwelchen unbesonnenen Schritten, da ein Streik den Besessenen sehr nur angenehm sei. Die Bergarbeiter haben daraufhin erklärt, daß es bei dem früher angelegten Terrain — am 1. Januar — bleiben solle. Ohne Zweifel besteht unter den Bergarbeitern eine sehr feste Stimmung.

Die weil Religion „Privatsache“ ist. In Bergedorf bei Hamburg verurteilt, wie wir dem sozialdemokratischen „Gang“ Nr. 273 vom 24. November entnehmen, in einer öffentlichen

Freiwilligensammlung der „Genosse“ A. Kainbach-Gamburg. Nach den üblichen Schlagworten von den „reaktionären Mächten“, „Dunkelmännern“, „Gewaltmitteln“, „Folkern“, „blutiger Beweise“, „Mißverständlichkeit und Mißverständlichkeit“, „verbummen“, „ausbeuten“, kam er zu dem Resultat:

Die überzeugten Sozialdemokraten lassen sich jedoch von keinem Aberglauben einwirken; sie haben längst erkannt, daß die heutige Kirche als ein Hauptmittel anzusehen ist, das das Volk des Klassenstaates zu verlängern, und bekämpfen dieselbe deshalb mit aller Kraft. Nachdem man innerlich schon lange mit der Kirche gebrochen habe, müsse nunmehr die Parole heißen: „Heraus aus der Kirche!“ (Beifall.)

Da, wenn das so ist, wie hier der „Genosse“ Kainbach sagt, und das stimmt so, warum streicht denn die Sozialdemokratie nicht den Punkt ihres Programms, nach dem Religion Privatsache sein soll? Sie tut es deshalb nicht, weil sie sonst keine Dummheit mehr auf den Leim kriegt. Auf eine Lüge mehr oder weniger kommt es ihr daher nicht an.

Preußentische Hausbesitzer. Die Gemeinde Welkeneser bei Berlin beabsichtigt ein Lebzigenheim zu errichten und hat zu diesem Zweck ein Grundstück ausbezogen. Von einem großen Teile der Hausbesitzer wird diese Befähigung des Grundstückswesens als eine schwere Schädigung ihrer Interessen betrachtet. Sie treten offen für die Beibehaltung des Grundstückswesens ein, das vielen Mietern erst ermöglicht, große Wohnungen zu mieten. In einer Protesterklärung beschloß der Haus- und Grundbesitzerverein folgende Protesterklärung gegen den Bau eines Lebzigenheims: „Der Verein erhebt gegen den Verkauf eines Grundstückes von drei Morgen zum Bau eines Lebzigenheims Widerspruch mit Rücksicht auf die dadurch dem Ort erwachsenden neuen Lasten und ersucht die Aufsichtsbehörde, die Genehmigung zu diesem Verkauf zu verweigern.“ Das sind wirklich „soziale“ Männer.

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperzt sind: Ludwigshafen (Zimmerer), Rügge (Sperre) über das Geschäft des Unternehmers Wiehe; derselbe weigert sich, den abgeschlossenen Vertrag umzuhalten, Lingen (Maurer und Bauhilfsarbeiter), Berlin (Kleinfleischer, Differenzen mit den Subunternehmern), Ratingen b. Düsseldorf (Maurer und Bauhilfsarbeiter), Zugung ist ferngehalten.

Speyer Köln.

Elberfeld-Warmen. Im Herbst 1908, am 1. Okt., schlossen wir mit der hiesigen Studimung einen Vertrag ab, der am 1. Oktober d. J. abließ. Eigentümlich mußte er im vorigen Jahre erneuert werden, da aber infolge der ungünstigen Geschäftslage von keinem Kontrahenten eine Kündigung eingereicht wurde, so lief derselbe stillschweigend ein Jahr weiter. Im August dieses Jahres reichten wir an die Innung Abänderungsvorschläge ein und zwar die Arbeitszeit um 1/2 Stunde zu verkürzen (9 Stunden) und den Lohn von 1. Oktober 1909 bis 31. März 1910 auf 70 Pf., vom 1. April 1910 bis 31. August 1910 72 Pf., vom 1. September ab auf 74 Pf. pro Stunde zu setzen. Die Unternehmer hatten anfangs keine rechte Lust, mit uns zu verhandeln, jedoch durch das geschlossene Vorgehen der in Frage kommenden Verbände bekamen sie sich eines Besseren und traten mit uns in Unterhandlung, die denn auch mit einem Tarifabschluß bis 1. September 1910 und einer Lohnzulage von einem Pfennig pro Stunde endete. Die übrigen Bestimmungen des alten Vertrages sollen bestehen bleiben. Wenn auch der Erfolg nicht allzu groß ist, so wollen wir bedenken, daß er auch keine weiteren Opfer gekostet hat und immer noch unter der Nachwirkung der Krise abgeschlossen wurde. Die Kollegen mögen daraus ersehen, daß doch die Organisation nicht zwecklos ist, und sollen um so mehr für die Stärkung derselben besorgt sein, dann wird zweifellos der nächste Abschluß ein besserer sein.

Speyer Mainz.

Neustadt i. W. Der hiesige Streik mußte vertagt werden, trotzdem derselbe 24 Wochen lang mit zäher Ausdauer geführt wurde. Ein voller Erfolg konnte der eingetretenen Verhältnisse halber nicht mehr erzielt werden. Ganz erfolglos ist derselbe doch nicht verlaufen. Die Unternehmer, welche nicht der Arbeiterorganisation angehörten, erklärten den neuen Tarif an. Herr Schulz aus Ruppolt, welcher das neue Kreishaus baute, bewilligte ebenfalls die Forderung. Unter diesen Umständen kam der geforderte Lohn fast unseren sämtlichen Kollegen zugute. Um den unsozialen Standpunkt der Unternehmer zu brechen, ist kein Mittel unversucht geblieben, selbst das Einigungsamt ist angerufen worden, doch die Unternehmer lehnten es ab zu erscheinen. Sie blieben dabei, nur mit einer Lohnzulagerung den Tarif zu unterzeichnen. Leider fanden die Unternehmer durch einige Elemente Unterstützung. Wenn solche Maurer auch zu anderen Zeiten keine Beschäftigung hier fanden, nunmehr waren es die lieben Kinder, welche sogar mit Revolver ausgerüstet wurden. Dieses Unternehmertum fand auch Unterstützung seitens sozialdemokratischer Organisierer; trotzdem die Rettung des „freien“ Maurerverbandes benachrichtigt worden ist, wurde nichts getan, um die Mitglieder aufzuklären, daß sie Neustadt zu meiden hätten. Die Unternehmer haben kein Geld gespart und suchten durch große Annoncen Maurer und Zimmerer für dauernde Beschäftigung. Darauf stelen nun die Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes Ginet. Derselben kamen während des Kampfes in großer Anzahl. Eine Kolonne schloß mit dem Unternehmer Hinz einen Paktvertrag und arbeitete acht Tage als Arbeitswillige.

Den schärfsten Streik leitete sich der sozialdemokratische Zimmererverband, der verdient, weitest bekannt zu werden. Als die Streikleitung erkannte, daß ein Weiterführen des Streiks erfolglos war, wurde durch Beschluß einer Mitgliederversammlung der Streik vertagt. Wegen dieses Beschluß sträubten sich eine Anzahl Zimmerer, welche der Ansicht waren, den Streik weiterzuführen. Die Streikleitung hatte allen im Streik befindlichen Zimmerern außerhalb Neustadt Arbeit angewiesen und mit Reisegeld versehen. Einige „Arbeitslose“ beeinflussten die jüngeren Kollegen dahin: „Wir fangen nicht erst an zu arbeiten, fahren wieder zurück nach Neustadt und streiken weiter; da haben wir es doch schöner als hier beim Arbeiten.“ Das kein Führer einer Organisation ein derartiges Handeln durchgehen lassen kann, ist selbstverständlich. Der Streik wurde also gegen diese Zimmerer vertagt, und nun kam das Schändel. Derselben wandten sich an den roten Verband, welcher etwa sechs davon aufnahm. Der Vertreter desselben spendierte noch über 5 M an Alkohol, denn der Erfolg war ja ein großer, da der Bahnhofs-Kassierer mit dazu gehörte, welcher die Lokalasse und die der Zentrale gehörigen Einnahmen unter die Angetreuen verteilte. Das Nachspiel darüber dürfte noch kommen, und es wird sich zeigen, wie weit an der Unterstützung der Selber der Vertreter der roten Zimmerer mitgeschuldig ist. Jede anständige Organisation würde solche Elemente zu einer solchen Zeit zurückgewiesen haben, Elemente, welche durch ihre Handlungsweise nicht nur Verräter an ihrer Organisation sind, sondern sich auch zu strafbaren Handlungen hinreißten lassen. Das Fundament, welches sich der rote Zimmererverband damit in Neustadt gelegt hat, dürfte von nicht langem Bestande sein. Jedenfalls ruft es die Empörung aller organisierten Kollegen wach, wenn am Vorabend des großen Kampfes im Baugewerbe solche Elemente zu Trägern einer Bahnhofs-Kassierer werden.

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Stuttgarter.

Brüssel, 7. November. Die Errichtung der gewaltigen deutschen Ausstellungshallen für die nächstjährige Weltausstellung in Brüssel haben viele Kollegen nach hier geführt. Es fand daher heute unter dem Vorsitz des Kollegen Herff eine Mitgliederversammlung hier statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Gründung einer Zahlstelle des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands in Brüssel. 2. Stand der zukünftigen großen Lohnbewegung in Deutschland. 3. Verschiedenes. Zu Punkt 1 wurde, nach einigen einleitenden Bemerkungen des Bezirksleiters Koll. Lange und anschließender Diskussion, einstimmig beschlossen, in Brüssel eine Zahlstelle zu errichten und diese der Verwaltungsstelle Aachen, als die nächstliegende, anzuschließen. Die Marken usw. sollen von Aachen bezogen und die Procente mit dieser verrechnet werden. Das bei Auflösung der Zahlstelle eventl. vorhandene Lokalkassengeld soll prozentual der Mitglieder aus Aachen und Düsseldorf diesen Verwaltungsstellen überwiesen werden. Die Beitragshöhe soll sich bis zum 1. Dezember nach den bisher geklebten Marken in der Heimsatzzahlstelle richten. Ab 1. März 1910 wird der Beitrag, entsprechend dem Stundenlohn und Lokalzuschlag, wie in Düsseldorf einheitlich geregelt. Einstimmig wurde beschlossen, einen Winterbeitrag von 20 Pf. (Lokalmärke) zu kleben. Da die Düsseldorfer Kollegen ihre Winteragitationsmarken schon im Laufe des Sommers in Form des 15 Pf.-Lokalzuschlags der Beitragsmarke genügt haben, müssen die Aachener Kollegen außer der Lokalfondsmarke auch noch eine 20 Pf.-Agitationsmarke kleben. In den Vorstand wurden gewählt die Kollegen Herff 1. Vorsitzender, Kiefer 2. Vorsitzender, Rack 1. Schriftführer, Nicks 2. Schriftführer, Laschet 1. Kassierer, Schuhmacher 2. Kassierer; als Revisoren die Kollegen Jakob Melmann und Krings. — Zu Punkt 2 berichtete Kollege Lange über die Rüstungen des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe und der einzelnen Landes- bzw. Provinzialverbände. Seine Ausführungen wurden mit Aufmerksamkeit verfolgt. — Bei Punkt 3 (Verschiedenes) erwähnten die Kollegen das schädigende Verhalten des sozialdemokratischen Stukkateurverbandes gelegentlich der Lohnbewegung der Kollegen bei der Berliner Firma Roch. Diese Firma sucht Leute im deutschen Arbeitsmarkt, beabsichtigt aber, die in Brüssel üblichen Löhne zu zahlen. Die Löhne im Stukkateurberuf in Brüssel betragen 45 bis höchstens 60 Centimes, das sind nach deutschem Gelde 36 bis 48 Pf. (ein Centime ist ein Fünftel weniger als ein deutscher Pfennig; ein Frank ist ein Fünftel weniger als eine deutsche Mark, also 80 Pf.). Die Kollegen hatten durch ihr Drängen den Lohn zwar bis zu 65 Centimes (52 Pf.) gesteigert, doch konnten sie mit diesem Lohn nicht auskommen, da mindestens 2 M. Logis bezahlt werden müssen und die Familie zu Hause doch auch leben will. Sie stellten daher die Forderung auf, 1 Fr. (80 Pf.) pro Stunde. Die Firma erklärte, für „tüchtige“ Stukkateure 1 Fr. und als Mindestlohn 80—85 Centimes zu zahlen. Damit gaben sich die Kollegen nicht zufrieden, da sie 1 Fr. als Einheitslohn forderten, und legten einheitlich die Arbeit nieder. In der gemeinsamen Versammlung verlangten unsere Kollegen, daß auch ein Vertreter unserer Organisation zu der Verhandlung mit der Firma zugezogen würde. Die Genossen aber weigerten sich. Als unsere Aachener Kollegen den Genossen Odenthal daran erinnerten, daß wir in Aachen den sozialdemokratischen Verband, trotzdem derselbe in Aachen eine schwache Minderheit bildet, zu allem zugelassen haben, ja, eigentlich für dessen Anerkennung gekämpft haben, da wehrte Odenthal damit ab, daß er für unsere Anerkennung nichts tun könne, weil seine Mitglieder es nicht wollten. (Wir werden uns das merken!) Trotz alledem hielten unsere Kollegen die Solidarität. Warum aber ein Vertreter unseres Verbandes nicht teilnehmen durfte, zeigte sich sehr bald. Odenthal kam von der Verhandlung zurück und erklärte, die Firma habe gesagt, sie könne den Frank nicht zahlen. Odenthal meinte, 1 Fr. sofort zu fordern, sei auch ungerecht. Als ihm seine eigenen Genossen „Du allgemeiner Bremskönig“ zuriefen und ihn interpellierten, wie es mit der Streikunterstützung stehe, da rief Odenthal in einem fort: „Unterstützung ist Nebensache — Unterstützung, Kinder, ist Nebensache.“ Als dennoch die Kollegen auf die Durchführung ihrer Forderung beharrten, sagte Odenthal: „Wenn kein Moos da ist, dann geht man am besten die goldene Mittelstraße. Geht euch doch mit 85 Centimes zufrieden.“ Auf das Zureden wurde verdrießlich beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Kollegen sind also nicht unwesentlich geschädigt. Sie mußten sich mit weniger zufrieden geben, als ihnen die Firma vor der Arbeitseinstellung versprochen hatte, da einer ganzen Anzahl der Frank bereits versprochen war. Diese müssen nun 15 Centimes pro Stunde billiger arbeiten; dafür haben sie dann drei Tage gestreikt. Es ist das dasselbe Schauspiel, wie beim Krankenhausbau in Düsseldorf. Das ist die Folge davon, daß die „Alleinberechtigten“ glauben, unsere Kollegen, die tapfer mitkämpfen, von der Verhandlung ausschließen zu müssen. Hätte ein Vertreter unserer Organisation an der Unterhandlung teilgenommen, würde es ein solches Spiel nicht gegeben haben. Schon darum nicht, weil das Verhalten der Firma Roch allem leicht die übrigen Kollegen schädigen kann. Bei der Firma Roch sind meist Genossen beschäftigt. Dieselben üben auf unsere Kollegen einen gewaltigen Druck aus. Einige unserer Kollegen sind diesem Drucke erlegen und haben sich einfinden lassen. Natürlich kann man von diesen sagen, daß sie selbst nicht wissen, wie alt sie sind, denn ein überzeugter christlicher Arbeiter verleugnet seine Fahne nie, auch nicht, wenn es mal heißt, für seine Überzeugung kämpfen und Opfer bringen. Mehrere unserer Kollegen wiesen die Zumutungen der Genossen energisch zurück und haben mit diesem ihren charaktervollen Standpunkt mehr Eindruck bei den Genossen gemacht als die Waschappen. Die Eriedigung der Bewegung hat niemanden befriedigt. Kaum daß die Arbeit wieder aufgenommen ist, da gärt es bereits wieder unter den Kollegen. Erbst schimpft alles über Odenthal, der ihnen die Bewegung verpfuscht habe, und planen eine zweite Arbeitsniederlegung, um den Frank zu erhalten. Der „Stukkateur“ aber posant die Welt voll von dem „großen Kampfe“ und „großen Erfolg“ in Brüssel. Nach dieser Besprechung über die vorstehenden Verhältnisse wurde die Versammlung geschlossen.

Maurer.

Altenhof (Kreis Kirchheim). Am 7. November fand die Generalversammlung der Verwaltungsjahresstelle Altenhof statt. Zu Punkt 1 erstattete der Kollege Feint. Paul den Jahresbericht vom dritten Quartal. Verkauft wurden: 8 Stück Eintrittsmarken gleich 4 M.; 239 Beitragsmarken, à 30 Pf., gleich 71,70 M.; 123 Beitragsmarken, à 35 Pf., gleich 43,05 M.; 190 Beitragsmarken, à 40 Pf., gleich 76 M.; 71 Beitragsmarken, à 45 Pf., gleich 31,95 M.; 16 Arbeitslohnmarken, à 25 Pf., à 4 M. Ingesamt 230,70 M. An die Hauptkasse zu senden waren 196 M. 10 Pf. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 54 M. 51 Pf.; die Ausgabe 16 M. 20 Pf. Somit Kassensaldo 38 M. 31 Pf. Mitgliederbestand am Schluß des Quartals 56 Mitglieder. Die Kasse wurde für richtig befunden und dem Kassierer Entlastung erteilt. Zum Delegierten zur Bezirkskonferenz wurde Kollege Paul einstimmig

gewählt. Mehrere Anträge zur Bezirksversammlung wurden dem Bezirksleiter, Kollegen Gasse, unterbreitet. Zu Punkt 4 führte Kollege Paul an, daß die Löhne in hiesiger Gegend sehr verschieden wären, für Maurer von 40 Pf. bis herunter zu 28 Pf. die Stunde. Hieraus erklärte sich auch die Schmutzfotzen unter den Unternehmern. Wenn die Unternehmer diese nicht beschäftigen könnten, so wollten wir uthelfen, und zwar durch Abschließung eines einheitlichen Tarifes. So lange das Eisen heiß ist, muß es geschmiedet werden, und zwar mühten Lohnforderungen schon jetzt an die Unternehmer gesandt werden, damit sie sich wenigstens frühzeitig bei Submissionen darnach richten könnten. Denn ein vernünftiger Mensch müsse zugeben, daß die Löhne bei den heutigen Verhältnissen zu gering sind. Es müsse aber in Zukunft noch mehr für unsere Organisation geschehen, denn nur durch geschlossenes Vorgehen erreichen wir unsere Rechte. Die Unternehmer haben sich hier organisiert. Der Arbeiter soll daraus die Lehre ziehen, indem er frei und fest zur Organisation hält. Der Winter steht vor der Tür, und das ist die beste Zeit zur Agitation. Unter Punkt Verschiedenes wurde bedauert, daß einige zugezogene Kollegen sich noch nicht angemeldet haben; allem Anschein nach hätten die Kollegen in ihrer Heimat die Organisation nicht nötig. Mit einem Hoch auf den christlichen Bauarbeiterverband wurde die Versammlung geschlossen.

Wegenau. In einer außerordentlichen Mitgliederversammlung unserer Zahlstelle war Kollege Kraus aus Posen erschienen. Schon seit langer Zeit haben wir solche schöne Versammlungen nicht gehabt. Und gerade in Wegenau haben wir unter verschiedenen Schwierigkeiten zu leiden. Erstens unter dem Druck der Unternehmer, der noch vom letzten Streik herrührt, und zweitens durch die allzu große Gleichgültigkeit in unseren Reihen. Die meisten Kollegen haben vergessen, daß sie so brutal im vorigen Jahre gleich im März ausgesperrt worden. Durch das Eingreifen der Organisation ist es den Unternehmern nicht gelungen, ihr Ziel zu erreichen. Mit 2 Pf. Lohnhöhung und Abschluß eines Vertrages endigte der Kampf. An der Hand von Zahlen zeigte uns Kollege Kraus, wie sich unser Verband in seinem zehnjährigen Bestehen entwickelt hat, und wie viel er schon für die Kollegen im ganzen Reich an Mehrlohn herausgeschlagen hat, was in die Millionen Mark geht. Weiter sprach Kollege Kraus die kommende Lohnbewegung im allgemeinen und im besonderen die Verhältnisse am Orte. Er schloß mit einem Appell an den Verstand der Mitglieder, in der kommenden Zeit Hand in Hand zu arbeiten. In der Diskussion wurde lebhaft Klage geführt über das Verhalten des Unternehmers Lenz, welcher bekanntlich ein Scharfmacher ist. Er versucht systematisch, unsere Kollegen von seinen Bauten fernzuhalten. Er stellt fremde Leute jetzt noch ein, obwohl einheimische Arbeiter arbeitslos herumgehen. Herr Lenz weiß Bescheid! Wenn die Organisation am Orte schwach wird, dann braucht er in nächsten Jahre keine Lohnnachfrage zu geben. Das sollen die Kollegen sich merken. Wir möchten hier noch speziell unseren Brüdern dies zurufen, denn gerade unter diesen herrscht die meiste Laune. Es kommt wieder die Zeit und hoffentlich bald, wo auch den Bauern die Augen aufgehen werden. Möchte es dann nicht zu spät sein.

Wohnum. Unter dem Vorsitz des Kollegen Feint. Heinrich fand am 6. November unsere diesjährige ordentliche Generalversammlung statt. Zur Tagesordnung stand: 1. Kassensbericht, 2. Geschäftsbericht, 3. Vorstandswahl, 4. Verschiedenes. Kollege Janßen erstattete den Kassensbericht vom dritten Quartal. Die Einnahme stellte sich auf 4366,50 M. An die Verwaltungsjahresstelle wurden abgeführt 3988,80 M. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 983,93 M., die Ausgabe 309,40 M. Meist ein Bestand von 674,53 M. Die Entlastung wurde dem Kassierer erteilt. Anschließend hieran gab er auch den Jahresabschlussbericht. Die Mitgliederzahl beträgt 689. Aufgenommen wurden 244. Der Markenverkauf betrug sich auf 19078 Stück, das macht pro Mitglied 26 Marken. Eine Einschränkung mußte der Verkauf der Arbeitslohnmarken erfahren. An Krankenunterstützung wurden in 45 Fällen 630,65 M. gezahlt. In Punkt 2 referierte der erste Vorsitzende Kollege Heinrich. Eingehend behandelte derselbe die Tätigkeit des Vorstandes und die Lage der Zahlstelle. Die Wunden, welche der Sturz im Wirtschaftsjahren den Arbeiterorganisationen, insbesondere den Bauern, zugefügt habe, seien noch nicht völlig verheilt. Wenn auch im verfloffenen Jahre eine kleine Besserung sich feststellen lasse, so sei die Zahlstelle doch nicht unbeeinträchtigt durch diese Vorgänge geblieben. Es wurden im ganzen 26 Versammlungen abgehalten, 17 Vorstandssitzungen, 5 Vertrauensmännerversammlungen und 8 Wandbefragungen fanden statt. Der Verkaufsbefehl könne nicht befriedigen, trotzdem der Verkauf kein Mittel untersucht gefassen hat, um die Selbstbildung der Kollegen zu steigern. In den 26 Versammlungen sind 17 Vorträge gehalten worden, und zwar 8 gewerkschaftliche, 5 volkswirtschaftliche, 3 sozialpolitische, und 1 staatsbürgerlicher Vortrag. Gehalten wurden diese Vorträge: 4 von den Bezirksleitern Koch und Händchen, 4 von den Lokalfunktionären Meise und Janßen, 1 von Arbeitersekretär Gilling, 1 von Gewerkschaftssekretär Engel, 1 von Journalist Herbrand. Je 1 Vortrag wurde von den Mitgliedern Kämpel, Stein und Schäfer gehalten, 3 Vorträge hielt der Vorsitzende. Besondere Aufmerksamkeit mußte stets den Wandbefragten zugewendet werden, die in ihrer Tätigkeit nie erschaffen dürfen. Weiter verbreitete sich Redner über die bevorstehende Tarifbewegung. Der Kampf um unsere Rechte sei wohl der Grundton der Bewegung. Angesichts der neuen Zunahme und Klüftungen der Arbeitgeberverbände ergebe sich für jeden Kollegen die Pflicht, für Stärkung unserer Reihen Sorge zu tragen. Vor allen Dingen müsse man den Führern Gefolgschaft leisten. Zum Schluß wies der Referent noch auf die idealen Ziele der Gewerkschaftsbewegung hin. Nicht nur Befreiung aus materieller Notlage, sondern auch geistiger, kultureller Aufstieg auf dem Boden des Christentums verற்பere sich in unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung. Von Idealen müsse unsere Arbeit getragen sein, wenn wir Erfolge von bleibendem Werte erringen wollen. Nach einer kurzen Diskussion erdichtete man den folgenden Punkt: Vorstandswahl. An Stelle des bisherigen ersten Vorsitzenden, Kollegen Heinrich, wurde eine Wiederwahl abgelehnt, wurde der Kollege Wilt. Hilfer gewählt. Die Wahl der übrigen Vorstandsmitglieder hatte folgendes Ergebnis: zweiter Vorsitzender Heinrich, erster Kassierer Jof. Janßen, zweiter Kassierer Leo Paech, erster Schriftführer Jof. Stein, zweiter Schriftführer Alb. Heinrich. Zu Revisoren wurden gewählt die Kollegen Leo Dorn und Lorenz Birges. In ausweichenden Worten gebot der Kollege Kämpel der Tätigkeit des alten Vorstandes. Im Punkt „Verschiedenes“ sprach Kollege Janßen über die getätigte Erziehung der Vertreter zur Ortskrankenkasse. Mit einem durchschlagenden Erfolge habe dieselbe sich vollendet. Die Kampfesweise der Sozialdemokraten müsse als unfair gebrandmarkt werden. Diese erhielten 6 Vertreter und 18 Ersatzvertreter. Der christlich-sozialer Ausschluß hingegen 16 Vertreter und 14 Ersatzvertreter. Der Kollege Heinrich hat noch um zögern Besuch des Gewerkschaftshauses. Nachdem noch ein Kollege den Beitritt zum Konsumverein empfohlen hatte, schloß der neue Vorsitzende die gut verlaufene Versammlung.

Breslau. Die Bezirkskonferenz des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands, welche am Sonntag, den 7. November, tagte, erregte sich eines sehr starken Besuches. Etwas 100 Delegierte waren anwesend. Vom Zentralvorstand war Kollege Meyer (Berlin) erschienen. Aus dem Bericht des Bezirksleiters Pfeffer ist zu entnehmen, daß der Bezirk Breslau trotz des an manchen Orten fehlenden Gewerkschaftsstandes sich sehr gut entwickelt hat. Waren am 1. September 1908 nur 9 Verwal-

tungsstellen mit 842 Mitgliedern im Bezirk, so sind er am 1. November 1909 1632 Mitglieder, die sich auf 20 Verwaltungstellen, 73 Jahrestellen bzw. Vertrauensmannschaften verteilen. Die Einnahmen sind gegenüber dem 3. Quartal 1908 um nahezu 8000 M. im Quartal gestiegen. Beitragsmarken wurden im 3. Quartal 1909 bereits 10000 mehr umgesetzt wie im gleichem Quartal des Vorjahres. Es wurden 1778 neue Mitglieder in den Verband aufgenommen. Für Streiks zur Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wurde der Bezirk etwa 15000 M.; für 600 Mitglieder wurde der Stundenlohn um 6—7 Pf. pro Stunde erhöht und für 2 Jahre ein Tarifvertrag abgeschlossen. Für 100 Mitglieder wurde der Lohn um 3 Pf. erhöht und ein Vertrag auf 1 Jahr abgeschlossen. Für etwa 200 Mitglieder wurde durch das Eingreifen des christlichen Bauarbeiterverbandes der Stundenlohn um 2 Pf. erhöht; ein Vertrag konnte bei letztgenannten nicht durchgeführt werden. In einem Orte wurde der Stundenlohn für 150 Mitglieder um 6—7 Pf. erhöht, ein Vertrag wurde nicht abgeschlossen, da ein größerer Teil der Mitglieder, nachdem sie den höheren Stundenlohn hatten, der Organisation wieder den Rücken kehrten. Etwas 700 Kollegen arbeiten bis 1911 unter vertraglichen Bedingungen, bei allen anderen läuft der Vertrag im Frühjahr 1910 ab. Aus der anschließenden Diskussion war zu ersehen, daß die Delegierten mit der Arbeit des Bezirksleiters außer einer Zahlstelle vollkommen einverstanden waren und ihm für seine Tätigkeit Dank abspateten. Es folgte nun ein überaus lehrreicher Vortrag von Herrn Meyer (Berlin), in dem er zum Schluß die Mitglieder aufforderte, mitzuarbeiten und gleiche persönliche Opfer zu bringen wie der Beamte, dann wird erst in Zukunft der Erfolg im Bezirk nicht ausbleiben. Auch die schließlichen Kollegen sollten sich aufpassen und sich noch härter der christlichen Organisation anschließen, damit das Wort Bismarcks „Die Zukunft würde lehren, wenn Schließen gehört“ ein Wunsch bleibe. Da der Vortrag zu erschöpfend behandelt war, wurde von einer längeren Diskussion abgesehen und Kollege David erstattete Bericht über die Generalversammlung zu Münster. Eine Diskussion wurde nicht befehrt. Der Vortrag des Kollegen Pöcher mußte wegen vorgerückter Zeit zurückgesetzt werden und so wurde die vom Bezirksleiter Pfeffer vorgeschlagene Resolution angenommen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die Delegierten-Versammlung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands — Bezirk Breslau —, welche am Sonntag, den 7. November 1909, in Breslau tagte, erklärt es für die erste Pflicht der christlichen Bauarbeiter, für die bessere Ausbreitung des Verbandes einzutreten. Um diese Ausbreitung durchzuführen, ist es notwendig, daß in den einzelnen Jahrestellen ein reges Leben herrscht, was nur der Fall sein kann, wenn alle Mitglieder eifrig an den Versammlungen teilnehmen und eifrig und geschlossen zusammenarbeiten. Vor allen Dingen ist es notwendig, daß der Beamte der ständigen Unterstüßung der christlichen Leitung und Vertrauensmänner höher ist, und daß er über alle lokalen Vorgänge, sowie Lage des Arbeitsmarktes, zu- und Abgang der Kollegen, Lohnverhältnisse, Wohnungsfrage usw. unterrichtet wird. Die Tätigkeit der Beamten kann überhaupt erst dann von gutem Erfolg begleitet sein, wenn sie vom allseitigen Vertrauen getragen und wenn jede leuchtende Kritik vermieden wird. Besondere Pflicht der örtlichen Leiter ist es, den Beamten jede Versammlung sehr genau anzudeuten und etwaige Beschlüsse mitzuteilen. Ebenso muß der Beamte über jede aufstrebende oder wachsende Lohn- und Arbeitslosigkeit unterrichtet werden. Die Delegierten-Versammlung erklärt ferner: Da eine ganze Reihe von Anzeichen darauf hindeuten, daß die Arbeitgeber den Wäntz der bestehenden Tarife benutzen wollen, um die bisher erlangten Fortschritte zurückzubringen, dagegen die unbedingt nötige Besserung der Arbeitslage und Erhöhung der Löhne abzulehnen, ist es Pflicht aller Kollegen, sich auf die bevorstehenden schweren Kämpfe vorzubereiten. Dieses ist nur durch festen Anhalt an die Organisation möglich, welche durch die Opferwilligkeit der Mitglieder zu einer starken Macht aufgebaut werden muß. Nur wenn der Verband über die notwendigen Mittel verfügt, können die Kämpfe siegreich durchgeführt werden.

- Aus diesem Grunde beschließt die Konferenz:
1. Jedes Mitglied ist verpflichtet, in den Beitragsfreien Wochen zwei Agitationsmarken zu je 20 Pf. zu kleben. 50 Pf. von jedem Mitglied hat der Kassierer an den Bezirksleiter einzusenden, 50 Pf. fallen der Lokalkasse zu.
 2. Vom 1. Oktober 1909 ab sind die 5 Pf. Lokalkassenschlag von den Verwaltungsjahrestellen an den Bezirksleiter einzusenden zur Agitation.
 3. Für das Austragen der „Bauergewerkschaft“ und Einlassieren der Beiträge erhalten die Vertrauensleiter resp. die Einlassierer eine Entschädigung von 6 Prozent, jedoch ist der Vertrauensmann verpflichtet, daß dieser sowohl die „Bauergewerkschaft“ richtig besorgt, daß ebenso die Beiträge pünktlich einliefert und im Buche vermerkt werden.
 4. Zur Stärkung der Lokalkasse dürfen die Jahrestellen Lokalkassen einführen, diese Kleben am Orte.
 5. Mitglieder, welche das zweitemal aufgenommen werden, sollen eine Mark Einweißgebühr zahlen; davon erhält die Lokalkasse 50 Pf.
 6. Am Schluß eines jeden Quartals sollen die Mitglieder bisher zur Kontrolle eingezogen werden. Die erste Kontrolle soll am 21. und 28. November stattfinden und ist jedesmal über die Kontrolle dem Bezirksleiter Bericht zu erstatten.
 7. Jedes Mitglied erhält am Jahresschluß einen Einweißstempel mit dem Vermerk: Verpflichtungen erfüllt! Mitglieder, welche ihre Beiträge sowohl als auch Agitationsbeiträge nicht voll geleistet haben, dürfen keinen Einweißstempel erhalten.
 8. Jahrestellen- oder Sitzungsjahre dürfen in Zukunft ohne Genehmigung des Bezirksleiters nicht mehr abgehalten werden.

Die Beschlüsse der Bezirkskonferenz sind laut Zentralstatut findend für alle Mitglieder und haben sich die Jahrestellen den Beschlüssen zu fügen.

Beschlossen auf der Bezirkskonferenz am 7. November in Breslau.

Die Konferenz wurde abends gegen 1/2 Uhr mit einem Hoch auf die Organisation vom Bezirksleiter geschlossen.

Berlin. Am Donnerstag, den 4. November, fand unsere diesjährige Generalversammlung im Gewerkschaftshaus statt. Die Tagesordnung war: 1. Aufnahme neuer Mitglieder und Zahlung der Beiträge. 2. Abrechnung vom dritten Quartal. 3. Vorstandswahl. 4. Verschiedenes. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Vorsitzende bekannt, daß der Kollege Wilhelm Strang, welcher mehrere Jahre Mitglied unseres Verbandes war, an einem Kammerbrand tödlich verunglückt sei; die Versammlung ehrte das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. Der erste Punkt wurde ohne Debatte erledigt. Der Kollege Weisenhagen gab sodann den Quartalsbericht. Die Einnahme für die Zentrale betrug 5269,69 M., die Ausgabe 487,15 M., mithin verbleiben der Zentrale 4902,54 M. Der Lokalkasse verbleiben mit dem Bestand vom vorigen Quartal 1274,08 M. Der Mitgliederbestand beträgt 760. Im Anschluß hieran gab der Kollege Weisenhagen einen Überblick über die gesamten Einnahmen im verfloffenen Jahre. Die Einnahme für die Zentrale beträgt insgesamt 11305,08 M. Die Einnahme für die Verwaltungsjahrestellen betrug 2664,77 M. und die der Lokalkasse 2009,95 M. An den Bericht schloß sich eine kurze Diskussion, an welcher sich die Kollegen Schöller und Werner beteiligten. Der Kollege Euler wies hierauf auf die inneren Verhältnisse und die Tätigkeit innerhalb der Zahlstelle im verfloffenen Jahre hin. Es wurden 25 ordentliche und eine außerordentliche Mitglieder-

Veranstaltungen statt, welche stets ziemlich gut besucht waren. Vorstandssitzungen fanden 27 statt, welche ebenfalls vollständig besucht wurden. In den Versammlungen wurden 5 Vorträge gehalten, jedoch sämtliche Versammlungen waren interessanter und lehrreicher Natur. Der erste Vortragsabend handelte über die Bauhandwerkersbewegung, sowie auch sämtliche Kollegen für alle Prisen und Preise, welche sie für Interesse der Baugewerkschaft haben, ganz besonders aber den Vertrauensmännern, welche in unermüdbarer Tätigkeit für unsere Bewegung sind die größten Verdienste erworben hätten. Bezüglich des Baubelegierten-Systems stellte er fest, daß die Erlangen im Verhältnis zur Mitgliederzahl schlecht besucht worden sind, und er ermahnte die Kollegen, dahin zu streben, daß in der nächsten Zeit es auch in dieser Beziehung besser würde. Bevor zur Vorstandswahl geschritten wurde, nahm das Wort der Kollege Peiri; er wies auf die Pflichten und das Verantwortungsbewußtsein eines Vorstandsmitgliedes einerseits und auf die ersten Pflichten, welche für unsere Organisation bedeutungsvoll sind, hin, und er empfahl die größte Vorsicht bei der Wahl, damit nur solche Kollegen gewählt werden, welche befähigt sind, die Kollegen nach jeder Richtung und zu jeder Zeit zu vertreten. Die hierauf vorgenommene Wahl ergab folgendes Resultat: die Kollegen Wilhelm Güler als erster und Joseph Wegener als zweiter Vorsitzender wurden wiedergewählt, desgleichen die Kollegen Heinrich Weissenhagen als erster Kassierer und Gerhard Schmidt als zweiter Kassierer. Als erster Schriftführer wurde der Kollege Franz Mantel und als zweiter Schriftführer der Kollege Joseph Gendrich gewählt. Als Beisitzer wurden die Kollegen Gendrich, Werner, Bölle und Ewald gewählt und als Redatoren die Kollegen Weist und Bentgraf. Nachdem der Kollege Güler noch auf die Pflichten der neugewählten Vorstandsmitglieder hingewiesen hatte, appellierte er an die anwesenden Kollegen, den Vorstand auf jede Art und Weise zu unterstützen, um so gemeinsam zu arbeiten an den Aufgaben und Zielen unseres Verbandes. Um 1/2 12 Uhr wurde die ziemlich gut besuchte Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf ein weiteres Gelingen und Gedeihen der Baugewerkschaft geschlossen.

Hamburg, den 10. November 1909. Die Verwaltungsstelle des christlichen Bauhandwerkerverbandes Hamburg hielt vergangenen Sonntag in Franzens Gesellschaftshaus, Senefelderstr. 13, eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, die fast besucht war; auch Frauen hatten sich eingefunden. Kollege Friedrich referierte über das Thema: „Materialistische und geistliche Weltanschauung im Emanzipationskampf der Arbeiterbewegung“. Drei Punkte hob der Referent hervor: 1. „Was wird uns die Zukunft bringen, Kampf oder Frieden?“ 2. „Wer wird in diesem Kampfe unser Führer und Berater sein?“ 3. „Wer wird unsere Interessen in dieser Situation gerecht vertreten?“ Diese Punkte wurden eingehend erörtert mit dem Schlußeffekt, daß nur die christliche Weltanschauung als Sieger aus dem Emanzipationskampf der Arbeiter hervorgehen könne. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen, auch der Parteivorsitzende Kollege Sedewitz. In seinem Schlußwort munterte der Referent die Kollegen und Kolleginnen, mit festem Glauben und Kraft für unsere Organisation einzutreten.

Kamp. Nach langer Zeit konnte in unserer entlegenen Ecke mal wieder eine Versammlung abgehalten werden, weil durch die neue Rechenanlage die Bautätigkeit sich bedeutend gehoben hat und ist im kommenden Jahr eine weitere Steigerung zu erwarten. Die Mitgliederzahl ist infolgedessen von einigen wenigen im Sommer auf 40 bis jetzt gestiegen. Doch kann von einem regen Organisationsleben noch keine Rede sein, agitatorisch sind nur einige wenige tätig, während die Mehrzahl, trotz der großen Anzahl von Indifferenten, welche noch vorhanden sind, und der ständigen Aufforderung, mehr wie bisher für den Verband zu agitieren, blind in den Tag hineinlebt. Man glaubt, wenn man seine Beiträge zahlt und mal einen Blick in die „Baugewerkschaft“ wirft, dann ist der Gewerkschaftler fertig. Die große Mehrzahl der Kollegen ist aus der Gegend von Fulda. Man scheint sich der Ansicht zu halbieren, als käme die bevorstehende Lohnbewegung für die linke Rheinseite nicht in Betracht, trotzdem sie bei der Firma Koch u. Söhnen von Homberg und Weidmann von Bochum beschäftigt sind, die sich zum Teil 1908 bei den Verhandlungen nicht als die besten gezeigt haben. Die am 7. November stattgefundene Versammlung war lebhaft besucht, 25 bis 27 Kollegen waren anwesend, trotz des trockenen, schönen Wetters. Die am 21. November einberufene Versammlung konnte leider nicht stattfinden; es waren im ganzen mit Lokalbeamten sechs Kollegen erschienen. Wegen der Witterungsverhältnisse und die dadurch bedingten schlechten Wege die Kollegen abgehalten haben, so kann dies zum Teil wohl als Entschuldigung gelten, während andererseits der Organisationsmangel und Laubbild bei größte Teil beizumessen ist. Die Kollegen mögen nur so fortfahren mit ihrem Schlendrian, damit geben sie den Indifferenten und jungen Kollegen wahrhaftig kein gutes Beispiel. Den Ernst der Zeit erkennen die Kollegen vollständig. Das eine mögen sie sich gesagt sein lassen, wollen sie nicht weiter der Laubbild verfallen, dann hinweg mit dem Schlendrian, hinweg mit der Schlafmüdigkeit, hinein in die Versammlung, um zu hören, was sich in den Organisationen abspielt, nur ein fleißiger Versammlungsbesucher wird ständig auf dem laufenden sein und sich ebenfalls geltig machen können. Unter den noch vorhandenen Indifferenten muß in den nächsten Tagen mit einer durchgreifenden Agitation eingeleitet werden, jeder Kollege muß an dem Ausbau der Organisation mitwirken, der letzte Indifferent bei den Unternehmern in Kamp muß für die Organisation gewonnen werden, eher darf es kein Ruhen und Staßen geben.

Neumühl. Am Sonntag, den 7. November, fand unsere Mitgliederversammlung statt. Von 55 Kollegen waren 53 erschienen, ein gutes Zeichen für den Organisationsgedanken der Kollegen. Auf der Tagesordnung stand: 1. Berichterstattung von der Verwaltungsstelle. 2. Unsere Stellungnahme zum kommenden Tarifvertrag. Ueber den ersten Punkt folgte eine eifrige Diskussion ein. Nach Klarstellung durch den Kollegen Richter waren die Kollegen damit einverstanden. Somit mußten Kollegen, die abreisen, 1,80 M und die im Gleisenden 2,40 Mark bezahlen. Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung sprach Kollege Richter. Sein Vortrag gipfelte darin, weiter so treu wie bisher zur Fahne der christlichen Gewerkschaft zu stehen, dann sei der Sieg im nächsten Jahr unser. Nach eingehender Diskussion wurde die Versammlung geschlossen.

Oberfeld. Am Sonntag, den 7. November, vormittags 11 Uhr, fand in unserem Vereinslokal bei Grogowind am Südbahnhof eine wichtige Versammlung statt. Außer den Mitgliedern waren auch unorganisierte Kollegen eingeladen, selbige waren erschienen und ließen sich annehmen. Nachdem Kollege Groß die Versammlung eröffnet, sprach Kollege Richter über die kommende Lohnbewegung. Referent besprach in eingehender Ausführung die Lebenshaltung der Bauarbeiter, wies an der Hand statistischer Materialien nach, daß die Verhältnisse für den Arbeiterstand in den verschiedensten Orten eine Verbesserung erfahren müssen. Referent besprach sodann den Eifer, Ausdauer, Opfermut und Idealismus eines Gewerkschaftlers. In der Diskussion sprachen verschiedene Kollegen. Diese Versammlung hatten auch zwei Gewerkschaftler mit ihrem Besuch beehrt. Als wir sie auf das neue Vereinslokal aufmerksam machten, obwohl keine Verwendung zulässig sei in einer gewerkschaftlichen Versammlung, mußten wir hören, sie seien dazu beauftragt und die Besuche müßten sie ausführen. Wir möchten gerne einmal wissen, von wem dieser Befehl ausgeht. Eine ganze Anzahl Kollegen ließen ihr Buch bis zum Schluß fernzuhalten, bekamen denn auch gleich den Schlußempfehlungen

Im Punkt Verschiedenes wurde die Verlegung von Versammlungen beantragt und zwar auf einen Samstagabend. Nach dem Johann eine Sammlung für einen Kollegen, der beim Militär dient, vorgenommen worden war, erfolgte Schluß der Versammlung.

Aus unseren christlichen Verbänden.

Der christliche Tabakarbeiterverband konnte in diesen Tagen sein zehnjähriges Bestehen feiern. Das Verbandsorgan, die „Deutsche Tabakarbeiter-Zeitung“, die aus diesem Anlaß im Festgewande erscheint, schildert die Mühen und Kämpfe, die der Verband in den zehn Jahren zu bestehen hatte. Raum bestand der Verband, da kam die große Ausperrung in Halbenleben, wovon der vierde Teil seiner Mitglieder betroffen wurde. Dank der Solidarität der gesamten christlichen Arbeiterschaft konnte der Schlag abgewehrt werden und wurde eine Genossenschaftsfabrik in Halbenleben errichtet. Eine Kette von Kämpfen, aber auch von Erfolgen, schloß sich diesem ersten Kampfe an. Wenn auch die großen Opfer, die für diese Kämpfe gebracht werden mußten, die Agitationstätigkeit in etwa lahm legten, so hat der Verband dennoch eine gute Entwicklung zu verzeichnen. Von einem kleinen Spröß mit einigen hundert Mitgliedern hat er sich zu einem Verbände emporgeschwungen, mit dem heute die Gegner von rechts und links rechnen müssen. War man früher in der Agitation und Verteilung des Verbandes zum großen Teil auf die Hilfe von Kollegen aus anderen Berufen angewiesen, so ist heute eine Reihe von Berufskollegen für die Ausbreitung des Verbandes und die Vertiefung des gewerkschaftlichen Gedankens tätig, die mit allem Nachdruck die Interessen der Mitglieder wahrnehmen. Früher geringe Opferwilligkeit und ein Beitrag von 5 und 10 Pf., heute solche von 15, 20, 30, 40, 50 und 60 Pf., wobei noch hervorzuheben ist, daß sich in den Kreisen der Mitglieder immer mehr das Bedürfnis zum Uebertritt in die höheren Beitragsklassen geltend macht. Früher eine Verwaltung, in der eine systematische Ordnung gar nicht möglich war, heute eine Zentralstelle, auf der einige Kollegen täglich die geschäftlichen und finanziellen Angelegenheiten erledigen, für die Herstellung des Verbandsorgans sorgen und auch sonst im Interesse der Mitglieder tätig sind. So ist denn auch die Gewerkschaft geboten, daß das zweite Jahrzehnt des Bestehens eine weitere Fortentwicklung bringen wird. In diesem Sinne wünschen auch wir dem Bruderverbände viel Glück auf dem Weg ins zweite Jahrzehnt Gewerkschaftsarbeit.

Soziale Wahlen.

Bonn. Bei der Wahl der Vertreter der Arbeitnehmer zur Ortskrankenkasse siegten die christlichen Gewerkschaften mit 212 Stimmen über die „Genossen“. Die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen betrug 382.

Greifeld. Die Vertreterwahl zur Freien Bau-Innungskrankenkasse fand am 18. November unter schwacher Beteiligung statt. Von 690 Wahlberechtigten beteiligten sich 183 an der Wahl. Davon erhielten die christlichen Vertreter 79, die sozialdemokratischen Vertreter 103 Stimmen, eine Stimme war unglücklich. Bei der letzten Wahl erhielten wir 59 Stimmen; die Zunahme beträgt 20 Stimmen. Die Sozialdemokraten sind von 125 auf 103 Stimmen zurückgegangen, mithin haben sie 22 Stimmen verloren. Auf diesen „Erfolg“ brauchen die Genossen nicht stolz zu sein. Zu berücksichtigen ist auch dabei noch, daß vier sozialdemokratische Organisationen an der Wahl beteiligt waren.

Hattungen (Ruhr). Zu der am 8. November getätigten Ortskrankenkassenwahl (Gesellenwahl) hatten wir die Kollegen Anton Rod und Adam Fischer aufgestellt, die beide 61 Stimmen gegen 110 sozialdemokratische auf sich vereinigten. Das ganze rote Gewerkschaftsstellartell stand gegen unsere Baugewerkschaften an. Die Sozialdemokraten wählten sich einen Schneidermeister, der vorher aus dem Bürgerverein austraten mußte, und einen Schriftföher. Wir können mit dem Resultat vorläufig zufrieden sein, aber nunmehr heißt es weiter gearbeitet, damit wir in Zukunft den Sieg an unsere Fahne heften.

M.-Glabbach, 26. Nov. Bei den Gewerkschaftswahlen für den Gewerbegerichtsbezirk M.-Glabbach erhielten die christlichen Arbeiter 8870 Stimmen, die „freien“ Gewerkschaften 3175 und die Kirch-Dunderschen 462 Stimmen. Da nach gebundenen Listen gewählt wurde, so erhielten die christlichen Gewerkschaften 9 Sitze, die „freien“ Gewerkschaften 3 Sitze, während die Kirch-Dunderschen ganz ausfielen.

Von den Arbeitsstellen.

Sant-Wilhelmshaven. Auf dem Neubau des heiligen Bedienungsamtes ereignete sich am Samstag, den 14. November, vormittags gegen 9 Uhr, ein sehr verheerlicher Unglücksfall. Der Bau wird in Eilenbeton ausgeführt. Durch ungeachtetes Hantieren mit den Schalbleitern beim Anschalen einer Wand wurde unser Kollege Fritz Wandt, welcher im Treppenhaus mit Putzen beschäftigt war, zum Fenster hinausgedrückt und fiel etwa drei Meter tief mit dem Kopf auf die Sprossen einer außenstehenden Leiter und zog sich einen Schädelbruch zu. Heilgehilfe und Sanitätswagen waren sofort zur Stelle. Die Schuld an dem Unglück wird den Anschalern beigemessen, da dieselben immer bei ihren Arbeiten wie wild umgingen. Die Einschaler sind meist Ausländer, alle unorganisiert, und für die Organisation nicht zu haben.

Stm. Am 24. November, nachmittags gegen 3 1/2 Uhr, stürzte an der Fassade des Neubaus der Königin-Luise-Schule (höhere Mädchenschule) an der St.-Arensstraße der größte Teil des schweren, ca. 1 Meter Ausladung habenden, Haupteingangsrahmens ein. Unter donnerndem Getöse wurde der Last der niederfallenden Sine die ganze Gasse mit in die Tiefe gerissen. Abgebrochene Gerüststangen und zerstückte Gerüstbalken bildeten einen weißen Trümmerhaufen, welcher den Verkehr in der Straße hemmte. Die Oberleitung der Straßenbahn wurde mit heruntergeschlagen. Auch wurde der elektrische Aufzugstrahl schwer beschädigt. Zum Glück waren zur Zeit des Einsturzes, die am Bau beschäftigten Maurer und Hilfsarbeiter im Innern des Anbaues beschäftigt, so daß kein Arbeiter zu Schaden kam. Bei den Aufräumarbeiten leitens der Feuerwehr erlitten zwei Feuerwehrleute schwere Verletzungen dadurch, daß sie durch eine beschädigte Holzstinde stürzten. Einige der 25 Zentner schweren Gesteine waren durch den Anprall auf das Gerüst ins Innere des Gebäudes gefallen und hatten so die Waden durchschlagen. Die beiden Verletzten wurden mittels Krankenwagen nach dem Bürgerhospital transportiert. Am 25. November erlitten Herr Oberbürgermeister Ballroß im Bürgerhospital und befuhrte die verunglückten Feuerwehrleute. Der Zustand der beiden Verletzten soll ein zufriedenstellender sein. Die Folgen des Einsturzes wären unabsehbar gewesen, wenn er bei Schluß des Unterbaus der höheren Mädchenschule erfolgt wäre. — Wenn ein Verschulden an dem Unglück trifft, wird die Untersuchung ergeben.

Emmerich. Am 25. November fiel der Kollege Arn. Jensen aus Eilen (beschäftigt bei dem Unternehmer Parvora) aus dem zweiten Stock in den Keller. Kaiser einem Beinbruch sind

auch die übrigen erlittenen Verletzungen nicht unbedeutend. Könnte der Fall nicht vermieden werden? — Hagen (Westf.). An dem Umbau des alten städtischen städtischen Krankenhauses in der Eberstraße ereignete sich am Sonntag, den 20. November, ein bedauerlicher Unglücksfall, dem ein in den besten Jahren stehendes Menschenleben zum Opfer fiel. Mehrere Stuktureure waren an einem ziemlich hohen Geißel mit Aufzug beschäftigt, als plötzlich ein Teil des Arbeitsgerätes sich löste und der Stuktureur Balthasar Müller (Mitglied unseres Verbandes) etwa 10 bis 12 Meter in die Tiefe stürzte, wo er mit zerschmettertem Schädel tot liegen blieb. Wenn die Schuld an diesem Unglücksfall zu bezumessen ist, mag die Untersuchung ergeben. Aber soviel steht fest: Wären bei dieser Arbeit die Unfallverhütungsvorschriften der Rheinisch-Westfälischen Baugewerkschaft-Vereinsgenossenschaft sowohl als diejenigen der Hagenen Baupolizei-Verordnung beobachtet worden, so wäre dieser Unfall nicht passiert. Wer als Sachmann sich die Rüstungen an diesem Gebäude besieht, der muß sagen: Wie ist so etwas an einem unter Leitung des städtischen Bauamtes ausgeführten städtischen Gebäude möglich? Es ist gerade zu verwundern, daß an diesem Gebäude weitere Unglücksfälle noch nicht vorgekommen sind. Dieser Fall beweist so recht wieder, wie berechtigt die Forderung der Bauarbeiterschaft auf Anstellung von Baukontrolloren aus dem Arbeiterstande ist. Sollte die Hagenen Stadtverwaltung, welche doch in manchen Punkten als recht fortschrittlich bekannt ist, nicht auch in diesem Punkte einmal den Forderungen der Bauarbeiter entgegenkommen? Mancher Unglücksfall ließe sich vielleicht durch eine solche sachkundige Kontrolle verhüten. — Mögen unsere Kollegen doch allwärts, bei jeder Gelegenheit betonen, daß für die Bauarbeiter in Punkte Schutz für Leben und Gesundheit auf den Arbeitsplätzen noch viel mehr wie bisher getan werden muß.

Leppfhringe. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am 26. November am Umbau der Auguste-Viktoria-Krankenanstalt. Die Kollegen Klingerer und Volkrecht aus Schlangen waren damit beschäftigt einen Kanal parallel an der Umfassungsmauer anzubringen. Hierbei sind dieselben vermutlich unter der Sohle des Fundaments gekommen; denn plötzlich stürzte der erst kürzlich ausgeführte Anbau von ungefahr 10 Meter Länge in sich zusammen, den 83 Jahre alten Kollegen Klingerer unter sich begrubend. Bekker konnte derselbe nur als Leiche geborgen werden. Eine trankliche Frau nebst zwei Kindern beweinen den Tod ihres Gnadigen. Ein mit herabstürzender Zimmermann kam mit einigen leichten Verletzungen davon. Einem Unfall ist es zu verdanken, daß ein großer Teil der an dem Bau beschäftigten Leute diesen kurz vor Einsturz verlassenen hatten. Wen die Schuld an dem Unglück trifft, wird hoffentlich die Untersuchung ergeben.

Bekanntmachungen.

Wir geben hiermit bekannt, daß das neue Statut fertiggestellt und verhandfertig ist. Da dasselbe mit dem 1. Januar in Kraft tritt, möchten die Verwaltungsstellen ihre Bestellungen möglichst bald machen.

Als verloren wird gemeldet die Buch-Nr. 189 109, lautend auf Franz Dobras von der Zahlstelle Kotten; die Buch-Nr. 108 640, lautend auf Hermann Seimons von der Zahlstelle Cronau; die Buch-Nr. 105 614, lautend auf Friedrich Jodel von der Zahlstelle Dorst.

Verwaltungsstelle Reddinghausen.

Die am Sonntag, den 14. November, stattgefundene Verwaltungsstellen-Konferenz hat beschlossen, den Winterbeitrag wie folgt festzusetzen: Jedes Mitglied zahlt 1,20 M, davon stehen 1 M in die Verwaltungsstellenkasse und 20 Pf. verbleiben in der Zahlstelle. Eine Kollegen, die im Winter in die Heimat reisen, können, falls dort eine Winterzahlstelle besteht, 20 Pf. dort zahlen. Ferner soll jedes Mitglied nach dem 1. Dezember, wenn ihm die Möglichkeit gegeben ist zu arbeiten, für jede Woche 10 Pf. Lokalbeitrag zahlen. Dieser Betrag bleibt in der Lokalkasse.

Der Verwaltungsstellen-Vorstand.
J. A. F. Rogge.

Sterbetafel.

Am 17. November starb unser treuer Kollege Julius Adam im Alter von 66 Jahren an Magenkarzinom. Zahlstelle Remel.
Am 20. November starb unser treuer Kollege Balthasar Müller im Alter von 46 Jahren infolge Unfalls. Zahlstelle Hagen i. W. (Stuktureur).
Am 22. November starb unser treuer und eifriger Kollege Heinrich Menke im Alter von 54 Jahren nach 22wöchiger Krankheit an Lungenerkrankung. Zahlstelle Hamm (Maurer).
Ehre ihrem Andenken!

Achtung! Kollegen der Zahlstelle Jaroschin.
Für die Kollegen, die in Gora und Kostino wohnen, finden am Sonntag, den 12. Dezember d. J., in Gora sowie Kostino außerordentliche Mitglieder-Versammlungen statt. Zeit und Lokal wird durch Handzettel bekanntgegeben. (3,25)
Kollegen, sorgt dafür, daß die Versammlungen, welche sehr wichtig sind, bis zum letzten Mann besucht werden.
Als Referent ersichtigt Kollege R r a n z - P o s e n.
Für den Vorstand der Zahlstelle Jaroschin.
W. Matuszkiewicz.

Achtung! Zimmerer von Graef.
Sonntag, den 12. Dezember, nachmittags um 4 Uhr, findet im Verbandslokale eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung statt. Referent zur Stelle. (2,15)
Es ist Pflicht aller Kollegen, in der Versammlung zu erscheinen.
Der Vorstand. Fr. Janus.

Inhaltsverzeichnis.

Aufruf. — „Aus der Geheimpraxis eines Unternehmers Arbeitsnachweises.“ — Das 30 000-Mark-Fingerring vor Gericht. — Rundschaun: Ausdehnung der Bautenkontrolle auf staatl. Bauten in Bayern. Gegen den Alkohol. Kommt es zu einem Bergarbeiterstreik? Die Welt Religion. Privatfische ist. Profligieriger Hausbesitzer. — Wirtschaftliche Bewegung. — Verbandsnachrichten: Brüssel, Alendorf, Argenau, Bochum, Breslau, Dötzhumb, Hamburg, Kamp, Neumühl, Osterfeld. — Aus unseren christlichen Verbänden. — Soziale Wahlen. — Von den Arbeitsstellen. — Bekanntmachungen. — Sterbetafel. — Anzeigen.